



Das Gold der anderen

In Senegal verdrängt ein Konzern aus Kanada die kleinen Schürfer. Seite 10

Foto: fotolia/rcx

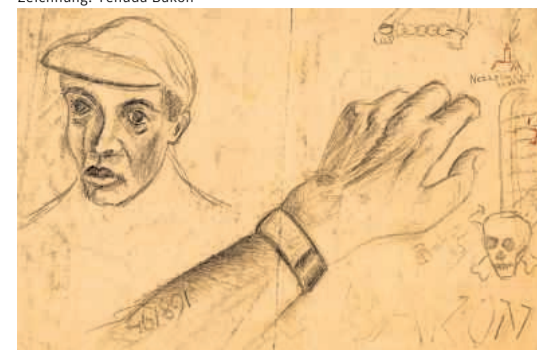
Sachsen verwählt sich

Im Freistaat kommt es bei Wahlen immer wieder zu Unregelmäßigkeiten. Seite 13

Weiter fragen

Wie Künstler sich heute mit Auschwitz befassen. Seite 15

Zeichnung: Yehuda Bakon



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 19. Mai 2015

70. Jahrgang/Nr. 114

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

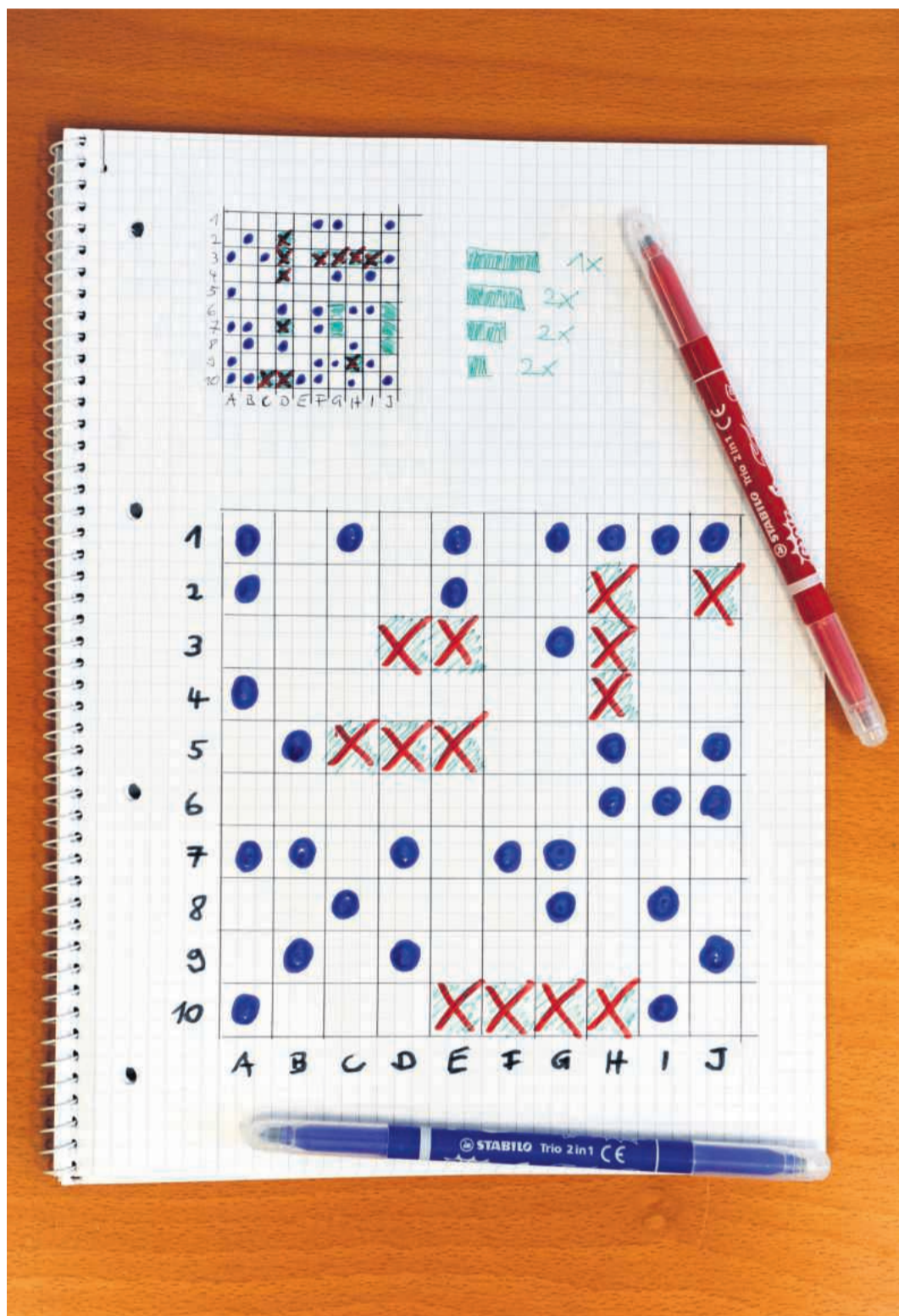
STANDPUNKT

Nörgelnder Zuschauer

Kurt Stenger über den Anteil der Regierung am Lokführerstreik

Die Deutsche Bahn AG ist kein normales Unternehmen. Zwar legt der global agierende Verkehrskonzern regelmäßig Bilanzzahlen vor und setzt auf schnöde Umsatz- und Profitsteigerung. Aber eigentlich hat die DB, als Betreiberin des hiesigen Schienennetzes und Beinahe-Monopolist im Eisenbahnfernverkehr, auch noch die Funktion eines öffentlichen Dienstleisters. Das verdeutlichen auch die Eigentumsverhältnisse – die Bahn gehört zu 100 Prozent dem Bund. So gesehen ist die Regierung im aktuellen Streikgeschehen einer der zentralen Akteure, auch wenn der zuständige Minister Alexander Dobrindt wieder mal den unbeteiligten Zuschauer mimt, der lediglich gestrenge Bemerkungen gegenüber der GDL von sich gibt.

In der Verkehrspolitik ist man seit Jahren an Tatenlosigkeit gewöhnt. Diesmal ist es noch schlimmer: Die Regierung steht nörgelnd am Rand und kippt von dort aus eifrig Öl ins Feuer. Das Tarifeinheitsgesetz, das im Eilzugtempo beschlossen werden soll, hat die Atmosphäre bei den Tarifverhandlungen dermaßen vergiftet und verkompliziert, dass ein Ergebnis auf dem üblichen Verhandlungsweg fast schon unmöglich scheint. Wenn die Regierung, wie sie es bestimmt auch beim bevorstehenden Ausstand tun wird, auf die leidenden Bahnkunden verweist – warum wird sie dann nicht selbst aktiv, indem sie das Gesetz zurückzieht und akribisch überarbeitet? Verspätungen gehören nicht nur im Zugbereich zum Alltag.



Noch nur ein Spiel: Schiffeversenken

Foto: nd/Ulli Winkler

Mieses Spiel mit den Flüchtlingen

Die EU beschließt militärisches Vorgehen gegen Fluchthelfer / Bundespolizist quält Asylbewerber

Die Europäische Union hat sich am Montag darauf geeinigt, die Flüchtlingsabwehr an der EU-Grenze Mittelmeer künftig auch mit militärischen Mitteln zu betreiben. Ziel der Maßnahmen sollen sogenannte Schlepper sein.

Berlin. Bei den Anstrengungen, Flüchtlinge von ihrem Territorium fernzuhalten, konzentriert sich die Europäische Union derzeit auf die sogenannten Schleuser/Schlepper. Diese bieten ob der großen Anzahl an Menschen, die im Mittelmeer bei der gefährlichen Überfahrt zu horrenden Preisen auf überfüllten, oft seeuntauglichen Booten sterben, ein gutes Ziel – das nun auch militärisch bekämpft werden soll. Dabei sind die Flüchtlinge nur auf die teuren Fluchthelfer angewiesen, weil es für sie keine legalen Wege in die EU gibt.

Und so beschäftigte sich Brüssel am Montag wieder einmal nicht mit Flüchtlingshilfe, sondern -abwehr: Die EU-Außen- und Verteidigungsminister befassten sich mit dem Konzept für eine Militärmission im Mittelmeer und beschlossen sie. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verwies vor den Beratungen darauf, dass für Teile der Mission ein UN-Mandat nötig sei. EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini zeigte sich zuversichtlich, dieses zu bekommen. Im April hatten die EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel auch Vorbereitungen für eine Militärmission beschlossen, die Boote der Schleuser identifizieren und zerstören soll. Mogherini arbeitete darauf das Konzept für die Militärmission »EU Navfor Med« aus.

Steinmeier ging davon aus, dass die erste Phase »sofort begonnen werden kann«. Dabei geht es um ein genaueres Lagebild im Mittelmeer und Informationen über die Schleusernetze. Dazu soll auch militärische

Aufklärung etwa über Radar und Satellitenbilder eingesetzt werden. Auch bei der zweiten Phase, die das Anhalten und Überprüfen von Schiffen in internationalen Gewässern vorsieht, gibt es Steinmeier zufolge nur »überschaubare rechtliche Fragestellungen«.

Einsätze in libyschen Hoheitsgewässern oder in Libyen selbst benötigten aber ein UN-Mandat oder entsprechende Genehmigungen von libyscher Seite, sagte der Bundesaußenminister. Letzteres sei angesichts von zwei konkurrierenden Regierungen in dem Land schwierig. EU-Diplomaten zufolge wollen die europäischen Mächte im Sicherheitsrat an diesem Dienstag in New York einen Entwurf für eine UN-Resolution vorlegen, um den Einsatz zu ermöglichen. Mogherini selbst hat Einsätze von Soldaten an Land ausgeschlossen, möglich wäre laut Diplomaten der Beschuss von Schleusereinrichtungen von See oder aus der Luft. Pro Asyl sprach von »unkontrollierbarer Gefahr« für die Flüchtlinge. Der richtige Weg, Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen, sei es, legale Wege nach Europa zu öffnen, erklärte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Dass Flüchtlinge, auch wenn sie in die EU gelangt sind, nicht in Sicherheit sind, zeigt ein drastischer Fall in Hannover. Dort ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen einen Bundespolizisten wegen Misshandlung von Flüchtlingen im Polizeigewahrsam. Der 39-Jährige soll in mindestens zwei Fällen inhaftierte Männer aus Afghanistan und Marokko gequält und gedemütigt haben, wie Oberstaatsanwalt Thomas Klinge am Montag sagte. Ob es noch weitere Fälle oder weitere Täter gebe, sei offen. »Wir prüfen natürlich, ob auch andere Beamte was davon gewusst oder gar mitgewirkt haben«, betonte Klinge. Agenturen/nd

Seiten 2, 3, 4, 7 und 11

UNTEN LINKS

Die Zeit des Wartens, die uns unerträglich lang vorkam, ist vorbei. Claus Weselsky, Sohn und Führer der 1. und 2. Klasse, hat endlich den nächsten Bahnstreik angekündigt. Und damit alle Fragen neu aufgeworfen, die schon bei den vergangenen Streiks in Funk und Fernsehen gestellt wurden: Bleiben die Schienen trotzdem blank? Gibt es in der MITROPA weiter Bier? Was geschieht mit Millionen Lokvögeln, die zu dieser Jahreszeit per Bahn aus dem Süden kommen? Darf in Streikzeiten im Falle einer Revolution der Bahnhof auch ohne Bahnsteigkarte besetzt werden? Gilt das Diktum von Karl Marx, dass Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte sind, nach ... (Zahl bitte selbst eintragen, da die Rechercheure wieder mal streiken) GDL-Streiks immer noch? Ist es für Sportvereine wie Lokomotive Leipzig oder Lok Zwickau ratsam, Namen zu wählen, die stärkere Assoziationen zu »locomotion« (Fortbewegung) auslösen? Muss ein Schlichter schlichter sein als die zu Schlichtenden? ibo

GDL zieht die Notbremse

Ab Dienstagnachmittag legen die Lokführer unbefristet ihre Arbeit nieder

Der Streit zwischen Lokführergewerkschaft GDL und Deutscher Bahn kommt zu keinem Ende. Denn es geht um mehr als Tarifeinheitsgesetz.

Berlin. Am Mittwoch dürfte GDL-Chef Claus Weselsky von konservativen Politikern und Medien wieder zum Staatsfeind Nummer eins erklärt werden. Denn ab da will die Lokführergewerkschaft GDL wieder den Personenverkehr bestreiken. Bereits ab Dienstagnachmittag soll es zu Arbeitsniederlegungen im Güterverkehr kommen. Der Streik ist zunächst unbefristet. Die Gewerkschaft will das Ende des Arbeitskampfes erst 48 Stunden im Voraus bekannt geben.

Dass es sich bei dem Streit zwischen GDL und Deutscher Bahn nicht nur um Tarifeinheitsgesetz handelt, hat nun ein Zeitungsbericht zufolge auch die Bundesregierung zugegeben. Demnach hat das geplante Gesetz zur so genannten Tarifeinheit auch Auswirkungen auf das Streikrecht. Davor warnen Opposition und Experten seit langem. Auch eine Reihe von Gewerkschaften hat sich deshalb gegen die Pläne ausgesprochen. Beobachter haben stets hervorgehoben, dass die GDL

in ihrem Arbeitskampf bei der Bahn auch die Frage des bedrohten Streikrechts politisieren würde.

Wie nun die »Süddeutsche Zeitung« schreibt, hat die Bundesregierung nur wenige Tage vor der Verabschiedung erklärt, das umstrittene Gesetz könne unter Umständen auch zur Einschränkung des Streikrechts führen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anette Kramme (SPD), habe auf Anfrage der Grünen-Politikerin Beate Müller-Gemmeke erklärt, die Prüfung eines Streiks durch ein Gericht »kann ergeben«, dass dieser »unverhältnismäßig sein kann, soweit ein Tarifvertrag erzwungen werden soll, dessen Inhalte evident nicht zur Anwendung kommen«.

Dies wäre dann möglich, wenn im Falle rivalisierender Gewerkschaften in einem Betrieb nur noch der Tarifvertrag der Gewerkschaft Gültigkeit haben soll, welche die meisten Mitglieder hat. Einer kleineren Gewerkschaft könne also unter Umständen ein Arbeitskampf untersagt werden, da dieser dann »unverhältnismäßig« sei – heißt: Mit ihm würde ein Ziel verfolgt, das mit dem Streik gar nicht erreicht werden kann.

Derweil hat angesichts der erneut gescheiterten Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn Verkehrsminister Alexander Dobrindt die Lokführergewerkschaft vor einem neuen Streik gewarnt. »Mir fehlt das Verständnis dafür, wenn man sich nach monatelanger Tarifeinheitsabsetzung einer

»Unsere Mitglieder sind es, die mit demokratischen Beschlüssen unsere Richtung bestimmen.«

GDL-Chef Claus Weselsky

Schlichtung verweigert«, sagte Dobrindt der »Bild«-Zeitung. Er rief die GDL zum Einlenken auf und verlangte eine Schlichtung des Konflikts. »Verantwortungsvolle Tarifpartnerschaft verpflichtet auch zur Suche nach Kompromissen, das kann nur am Verhandlungstisch geschehen.«

Doch gegen dieses Schlichtungsverfahren, das auch die Deutsche Bahn (DB) will, wehrt sich die GDL. Seit fast einem Jahr versuche die Bahn, die GDL mit

allen Mitteln in die Tarifeinheit zu zwingen, teilte die Gewerkschaft am Montag mit. So ist ihrem Chef Weselsky zufolge das alleinige Ziel der DB im Gesamtpaket einer Schlichtung, die Tarifpluralität »weggeschlichtet« zu bekommen. Klappt das nicht, soll der Tarifabschluss durch end- und ergebnislose Verhandlungen bis zum Inkrafttreten des Tarifeinheitsgesetzes im Juli 2015 verschleppt werden, sagte Weselsky und betonte, dass er im Auftrag der GDL-Mitglieder handle. »Sie sind es, die mit demokratischen Beschlüssen unsere Richtung bestimmen.«

Unterdessen erklärte der bahnpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Matthias Gastel, dass die Fahrgäste als Hauptleidtragende im Streit zwischen GDL und DB längst an ihrer Belastungsgrenze angekommen seien. Die Bundesregierung müsse sich ihrer Verantwortung in diesem Streik endlich bewusst werden und das den Tarifstreit anheizende Tarifeinheitsgesetz zurückziehen. »Und sie muss jetzt alles unternehmen, damit der Streik nicht weiter angeheizt wird, und ihren Beitrag zu einer konstruktiven Verhandlungsgrundlage leisten«, so Gastel. nd/Agenturen

Klimaschutz in Appellform

Petersberger Dialog: Bundesregierung erwartet Taten von anderen Staaten

Berlin. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat die Staatengemeinschaft zum verstärkten Kampf gegen den Klimawandel aufgerufen. Sollte die Erde sich um mehr als zwei Grad erwärmen, wären die Folgen unberechenbar, sagte Hendricks zum Auftakt des sechsten Petersberger Klimadiologs am Montag in Berlin. An dem zweitägigen informellen Treffen nehmen Minister aus rund 35 Ländern teil. Es dient der Vorbereitung des UN-Klimagipfels Ende des Jahres in Paris. Am Dienstag werden Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande erwartet.

Der Co-Vorsitzende des Petersberger Klimadiologs, Frankreichs Außenminister Laurent Fabius, rief die Staaten auf, in Paris ein verbindliches, dauerhaftes Abkommen zuzustimmen. »Wir müssen Ergebnisse liefern«, sagte Fabius in der Eröffnungsrede. Jedes Land müsse ambitionierte Klimaziele vorlegen. Bislang haben erst 37 Länder, darunter die EU-Staaten, ihre Beiträge genannt.

Umweltschützer forderten ein klares Signal der Bundesregierung für mehr Klimaschutz. »2015 kann zum Wendepunkt für den globalen Klimaschutz werden«, erklärte Christoph Bals von Germanwatch. Es bleibe nicht mehr viel Zeit, um ein unkontrolliertes Großexperiment mit der Menschheit noch vermeiden zu können. Die Linkspolitikerin Eva Bulling-Schröter rief Kanzlerin Merkel auf, ihre »Schlafwagen-Politik beim Klimaschutz« endlich zu beenden. epd/nd

ISSN 0323-3375

